

DIE BEURTEILUNG DER NATIONALSOZIALISTISCHEN ‚MÄCHTERGREIFUNG‘ 1933 DURCH DIE TSCHECHOSLOWAKISCHE REGIERUNG

Von *Thomas Storch*

Bei der Behandlung der Reaktion der europäischen Mächte auf die Entstehung der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland ist bisher die Politik der Tschechoslowakei kaum beachtet worden. Dies erklärt sich aus der relativen Bedeutungslosigkeit der Tschechoslowakei im Vergleich zu Großmächten wie Frankreich, Großbritannien oder Italien und daraus, daß es im deutsch-tschechoslowakischen Verhältnis 1933 zu keinen Ereignissen kam, die Zeitgenossen und Nachwelt so beschäftigt hätten wie etwa die Hinweise auf polnische Präventivkriegspläne Anfang 1933 oder der deutsch-polnische Nichtangriffspakt vom Januar 1934.

Trotz dieses Mangels an dramatischen äußeren Umwälzungen in den Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakischen Republik stellt sich jedoch die Frage, wie die Machtergreifung der Nationalsozialisten in einem Land aufgenommen wurde, das fast ganz von deutschsprachiger Bevölkerung umgeben war, und das selbst eine große und unzufriedene deutsche Minderheit hatte. Die Tschechoslowakei war ein vergleichsweise kleines und junges Land, das in seiner damaligen Gestalt erst durch die Pariser Vorortverträge geschaffen worden war und noch wenig Zeit gefunden hatte, zu einer echten staatlichen und nationalen Einheit zu finden. Ein solches Land mußte sich durch ein aggressives, expansives Deutschland in ganz anderer und viel stärkerer Weise bedroht fühlen als große und historisch gewachsene Länder, wie etwa Frankreich oder Großbritannien. Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, ob die politische Führung der ČSR die Gefährlichkeit der neuen Herren Deutschlands rechtzeitig erkannte. Es gilt auch zu prüfen, welchen Stellenwert im Vergleich zu anderen Bedrohungen des Landes man der Abwehr der deutschen Gefahr einräumte¹.

Die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und dem Deutschland der Weimarer Republik waren leidlich gut². Anders als eine neue Teilung Polens gehörte

¹ Die Politik der Prager Führung gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland ist umstritten, vgl.: Brügell, Johann Wolfgang: Tschechen und Deutsche. 1918—1938. München 1967. — Ders.: Um die historische Wahrheit in der deutsch-tschechischen Auseinandersetzung. BohJb 11 (1970) 371 ff. — Hoensch, Jörg K.: Revision und Expansion. BohJb 9 (1968) 209, 224 f. — Reichert, Günter: Das Scheitern der Kleinen Entente. München 1971, S. 83 ff., 106. — Scott, William E.: Alliance against Hitler. The Origins of the Franco-Soviet Pact. Durham/N. C. 1962, S. 82 f.

² Brügell: Tschechen 78 f., 156 f., 208, 214. — Entgegen der herrschenden Meinung sieht Campbell (Campbell, F. Gregory: Confrontation in Central Europe. Weimar Germany and Czechoslovakia. Chicago 1975) die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen von Anfang an durch Konfrontation bestimmt. Diese Hauptthese seines in der Detailarbeit sehr überzeugenden Buches scheint jedoch überzogen.

die Zerschlagung der ČSR nicht zum Revisionsprogramm der Berliner Regierung. Der durch die innen- und außenpolitische Stabilisierung des Deutschen Reiches hervorgerufene Machtzuwachs wirkte sich dann seit dem Vertrag von Locarno negativ auf die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen aus, da es sich nicht mehr um ein Verhältnis zwischen annähernd gleichwertigen Partnern handelte. Seit 1928 arbeitete man im Auswärtigen Amt an der Einbeziehung der ČSR in ein von Deutschland beherrschtes ostmitteleuropäisches Wirtschaftssystem, was nicht ohne negative Auswirkungen auf die Beurteilung der deutschen Außenpolitik durch die Prager Regierung blieb³.

Bereits Anfang 1932 verfolgte der tschechoslowakische Außenminister Beneš auch die deutsche Innenpolitik mit Besorgnis. In einem Gespräch mit seinem belgischen Kollegen Hymans Anfang Februar 1932 meinte Beneš, in Deutschland werde sich der weitere Weg Europas entscheiden. Niemand wisse, ob es im Reich zu einer normalen Lösung kommen werde, oder ob sich die Extremisten durchsetzen würden. Der tschechoslowakische Außenminister fürchtete sowohl eine Rechtsregierung unter General Groener und unter Beteiligung einiger Nationalsozialisten wie einen Sieg Hitlers. Für den Fall, daß eine Regierung Hitler aufrüsten sollte, befürwortete Beneš einen internationalen Wirtschaftsboykott gegen das Reich⁴. Hinsichtlich der Abrüstungskonferenz — dem bestimmenden Thema der europäischen Politik des Jahres 1932 — war Beneš anfangs optimistisch und glaubte, mit der deutschen Regierung werde ein Kompromiß auf der Basis der französischen Vorschläge zustandekommen. Im Januar 1933 war Beneš angesichts der innenpolitischen Entwicklung Deutschlands bereits skeptischer und Ende Februar, nach der „Machtergreifung“, hatte sich die Lage geklärt: Prag war überzeugt, daß Deutschland die Abrüstungskonferenz zum Scheitern bringen wolle und schloß sich deshalb in Genf noch mehr an Frankreich an⁵. Das engere Zusammengehen der Kleinen Entente im Organisationspakt an der Jahreswende 1932/33 ist dagegen nicht als Antwort auf die Ereignisse in Deutschland zu werten⁶. Nicht das Deutsche Reich, sondern Italien und Ungarn wurden von den Ländern der Kleinen Entente zu dieser Zeit als die Hauptgefahr angesehen. Das faschistische Italien war Ende der zwanziger Jahre im Donauraum aktiv geworden, den man in Rom als das für die Großmachtstellung des eigenen Landes unverzichtbare „Hinterland“ betrachtete⁷. Italien machte sich dabei zum Führer der dortigen revisionistischen Staaten und trat mit Frankreich und Deutschland in Wettbewerb um den entscheidenden Einfluß im Donauraum. Es gelang Mussolini, zuerst Ungarn und ab

³ Brügel: Tschechen 215 ff. — Krüger, Peter: Beneš und die europäische Wirtschaftskonzeption des deutschen Staatssekretärs Carl v. Schubert. *BohJb* 14 (1973) 320—339. — Egelhaaf's historisch-politische Jahresübersicht für 1932. Jg. 25 (1933) 21. — Campbell 266.

⁴ Documents Diplomatiques Belges (DDB). Hg. de Visscher / Vanlangenhove. Bd. 3. Brüssel 1964, S. 31 f.

⁵ Documents Diplomatiques Français (DDF) 1932—1939. 1^{re} série (1932—1935). Bd. 1. Paris 1964, Nr. 150, 330. — DDF II, 238, 333.

⁶ Reichert 10 ff. — Vgl. dazu auch: DDF II 120, 129, 254, 314, 379, 395.

⁷ Starhemberg, Ernst Rüdiger von: *Between Hitler and Mussolini*. London/New York 1942, S. 107.

1930 zunehmend auch Österreich unter italienischen Einfluß zu bringen. Während die Tschechoslowakei ein gutes Verhältnis zu Österreich hatte, waren die Beziehungen zu Ungarn gespannt, da man sich in Budapest anders als in Wien nie mit der Verkleinerung des Staatsgebiets im Gefolge des Ersten Weltkriegs abgefunden hatte. Zu einer Verschärfung der Gegensätze zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei kam es, als am 30. 9. 1932 der Faschist Gömbös in Ungarn an die Macht gelangte und mit bisher unbekannter Heftigkeit auf die Revision der Grenzen Ungarns drängte⁸. Hinweise auf eine geheime Aufrüstung Ungarns gipfelten im Januar 1933 in der ‚Hirtenberger Affäre‘, bei der italienische Waffenlieferungen an Österreich und Ungarn entdeckt wurden⁹. Schon im Dezember 1932 glaubte Beneš, daß es zwischen Deutschland und Italien zu einer Teilung Mitteleuropas in Einflußsphären gekommen sei, bei der das Reich für die italienische Unterstützung in der Korridorfrage eine wohlwollende Haltung gegenüber den Plänen Italiens im Donauraum zugesagt habe. Italien war aus dieser Sicht eine viel direktere Bedrohung als Deutschland¹⁰. In Ungarn und Österreich drohte die Restauration der Habsburger; hinter beiden stand Italien mit den wirtschaftlichen, politischen und militärischen Mitteln einer Großmacht. Die ‚Hirtenberger Affäre‘ war dann die Bestätigung für die Gefährlichkeit dieser Staatengruppe, die man später auch als ‚Römischen Block‘ bezeichnete. Anfang 1933 hat diese Kräftekonstellation die Kleine Entente wesentlich mehr beschäftigt als die Regierungsbildung durch Hitler, die wegen der starken Präsenz konservativer Kräfte im Kabinett ja nicht unbedingt einen Machtwechsel bedeuten mußte. Für die Prager Regierung kam Hitlers Kanzlerschaft nicht unerwartet. Man rechnete damit, daß sich die Nationalsozialisten in der Regierung mäßigen würden. Zudem glaubte man, daß sich Hitler nicht lange an der Macht halten werde¹¹.

Die erste offizielle Reaktion des tschechoslowakischen Außenministers auf die Geschehnisse in Deutschland war zwiespältig. Am 1. März stellte er vor dem Parlament fest: „... the development toward the peace of Europe such as was intended by the policy of Locarno... has been violently broken by the events which have taken place in the internal policy of Germany“¹².

Gleichzeitig brachte Beneš jedoch die Bereitschaft seiner Regierung zum Ausdruck, das bisherige gute Verhältnis zu Deutschland weiterzupflegen¹³. Anlässlich eines Meinungsaustauschs mit der britischen Regierung am 13. und 17. März in Genf meinte Beneš, daß die Entwicklung in Deutschland entweder zu Krieg oder zu einem inneren Zusammenbruch des Reiches führen müsse. In 2—3 Jahren sei ein „shock“ zu erwarten¹⁴. In Übereinstimmung mit seiner bereits im Januar 1933

⁸ DDF I 276. — DDF II 65, 137, 153.

⁹ DDF II 195, 242, 254, 325, 347. — Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP) 1918—1945. Serie C. Bd. I/1. Göttingen 1971, Nr. 81.

¹⁰ DDF II 110.

¹¹ Campbell 1253 ff.

¹² Zitiert nach: Machray, Robert: The Struggle for the Danube and the Little Entente 1929—1938. London 1938, S. 113.

¹³ Egelhaaf 282.

¹⁴ Documents on British Foreign Policy (DBFP) 1919—1939. Second Series. Bd. 4. London 1954, Nr. 298.

geäußerten Ansicht: „Wir werden mit Deutschland keinen Krieg führen; wir haben eine allgemeine europäische Katastrophe zu fürchten, nie aber einen Krieg mit Deutschland“¹⁵, erklärte Beneš den britischen Regierungsvertretern, er fürchte vor allem einen Zusammenstoß zwischen Deutschland und Polen. Um die Tschechoslowakei nicht in eine solche Auseinandersetzung zu verwickeln, vermied es der tschechoslowakische Außenminister, eine Allianz mit Polen einzugehen. Trotz aller Sorgen um die innere Entwicklung Deutschlands fürchtete er auch nach dem Regierungswechsel keine ernsthaften Auseinandersetzungen und sah die ČSR nicht als das Ziel deutscher Expansion: „Mr. Beneš had no serious fears as regards Germany; there was no issue between the countries.“ Gefahr sah man in Prag jedoch in Ungarn und in „imperialist and expansionist Italy“¹⁶. Februar oder März 1933 hatte das tschechoslowakische Außenministerium erfahren, daß Mussolini auf diplomatischer Ebene bereits für eine Teilung der Tschechoslowakei warb¹⁷. Die Bedrohung durch Italien wurde dadurch noch besonders gefährlich, daß Frankreich, die Schutzmacht der ČSR und der Kleinen Entente, versuchte, eine dauerhafte Verständigung mit Italien zu erreichen, um eine Großmacht als Partner gegen das wiedererstarkende Deutschland zu gewinnen¹⁸. Beneš glaubte, daß ein Stillhalten Frankreichs gegenüber der italienischen Revisionspolitik die Bedingung für eine Annäherung zwischen den beiden Ländern sei. Die Kleine Entente hatte Grund, daran zu zweifeln, daß ihr großer Verbündeter in allen Fragen ihre Interessen berücksichtigen würde. Das einmal entstandene Mißtrauen gegenüber der französischen Politik war trotz wiederholter Beschwichtigungsversuche der Pariser Regierung schwer auszuräumen¹⁹.

Durch den Organisationspakt der Kleinen Entente vom 16. Februar 1933 war es den vertragschließenden Staaten für kurze Zeit gelungen, aus der Defensive gegenüber den revisionistischen Mächten herauszukommen. Mit dem Vorschlag Mussolinis vom 18. März 1933, die vier europäischen Großmächte sollten einen Pakt zu umfassender politischer Zusammenarbeit schließen, in dessen Rahmen man die Revision der Friedensverträge des Ersten Weltkrieges und die militärische Gleichberechtigung Deutschlands regeln könne, riß Italien die Initiative in der Osteuropapolitik wieder an sich. Die Kleine Entente reagierte heftig. Die Tschechoslowakei drohte öffentlich damit, den Völkerbund zu verlassen, da dieser beim Zustandekommen des Viererpakts jeden Wert verlöre und die Mitglieder der Kleinen Entente „zu Nullen degradiert würden“²⁰. Beneš sah, daß nach den Vorstellungen Mussolinis ein Vierer-Direktorium Europa beherrschen solle. Grenzrevisionen seien angestrebt und „in the case of Cz. the demand for revision would come from Hungary“²¹. Auseinandersetzungen mit dem Deutschen Reich um

¹⁵ Egelhaafs 192. — Vgl. auch: DDF II 202 und DBFP V 43.

¹⁶ DBFP V 43.

¹⁷ Lipski, Jozef: Papers and Memoirs of Jozef Lipski. Diplomat in Berlin 1933—1939. Hg. Waclaw Jedrzejewicz. New York/London, S. 61.

¹⁸ Paul-Boncour, Joseph: Entre deux guerres. Les lendemains de la victoire (1918—1934). Paris 1945, S. 337 f. — DDF II 288.

¹⁹ DBFP V 43. — DDF III 43, 231.

²⁰ Egelhaafs 23. — Vgl. auch: Aloisi, Pompeo: Journal. Paris 1957, S. 206 f.

²¹ DBFP V 54.

die sudetendeutschen Grenzgebiete wurden im Gefolge des Viererpakts nicht erwartet und der ‚Römische Block‘ blieb der Hauptgegner.

In Polen hatte der italienische Vorschlag ebenfalls große Besorgnis ausgelöst. Trotz seiner tiefen Abneigung gegen die Tschechen und ihren Staat entschloß sich Staatschef Pilsudski in dieser Lage, Kontakt zu Prag aufzunehmen, um eine gemeinsame Front gegen den Viererpakt zustande zu bringen. Die tschechoslowakische Regierung zeigte sich interessiert, und nur die plötzliche Absage der geplanten Zusammenkunft zwischen den Außenministern beider Länder durch die polnische Regierung verhinderte vielleicht, daß sich hier alte Frontstellungen auflösten, um einer neuen Bedrohung gemeinsam zu begegnen. Es ist bezeichnend für die Einschätzung der Gefährlichkeit Italiens, bzw. Deutschlands, daß dieser Versuch unternommen wurde, um den Viererpakt zu verhindern, und nicht als Reaktion auf die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Deutschland²².

Auch im April beherrschten die Verhandlungen um den Viererpakt die Außenpolitik der osteuropäischen Staaten. Am 24./25. Mai 1933 sprach Beneš vor dem Parlament über „die Frage des europäischen Direktoriums und der Grenzrevision“²³. Er lehnte dabei leidenschaftlich ab, daß Gruppen von Staaten über das Territorium Dritter verfügen könnten. Dies würde nur zu blutigen Auseinandersetzungen führen, und auch der Tschechoslowakei könne man Gebiete nur mit Waffengewalt abnehmen. Nach Ansicht Benešs strebte Italien außer der Rückkehr zum Konzert der Großmächte auch eine neue Machtverteilung zwischen den Siegern und den Besiegten des Weltkriegs an, bei der auch die militärische Bedeutung der revisionistischen Staaten auf Kosten der Siegermächte gesteigert werden solle. Das Ziel der italienischen Politik sei es, ein von Rom abhängiges, ‚neues Österreich-Ungarn‘ unter Einfluß Kroatiens zu schaffen. In Prag glaubte man, daß dies mit der Rückkehr der Habsburger an die Macht verbunden sein würde, und Beneš sprach offen davon, daß eine solche Politik auf lange Sicht zu einem großen europäischen Krieg führen werde²⁴. Der Außenminister deutete an, daß es bei der Revisionspolitik auch eine ideologisch fundierte Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien gebe und kritisierte gleichzeitig Hitlers Innenpolitik: „Es ist gewiß einigermaßen überraschend, daß der Plan eines Direktoriums auf der Bühne der europäischen Politik in dem Augenblick erschienen ist, wo Reichskanzler Hitler in Deutschland die Diktatur ergriffen hat. Auch wenn die Frage des inneren Regimes nicht mechanisch in die Sphäre der internationalen Politik übertragen werden darf, der Gegensatz des demokratischen und des antidemokratischen Europas (sic!) unterstreicht diese Tatsache ganz besonders und macht einen solchen Pakt für den demokratischen Teil Europas um so unannehbarer“²⁵. Nach dieser Interpretation, für die es noch mehrere Belege gibt, handelte es sich bei den europäischen Auseinandersetzungen nicht mehr nur um den Streit von Nationalstaaten, sondern auch

²² Scott 83 f. — Vgl. dazu: Beck, Joseph: *Dernier rapport. Politique polonaise 1926—1939*. Neuchâtel o. J., S. 41, 270. — DDF III 82, 91.

²³ Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1933. Hg. Ulrich Thürauf. München 1934, S. 283.

²⁴ KA (1933) 806 f. — Machray 106.

um das Ringen zweier entgegengesetzter Prinzipien²⁵. Wenn Beneš den italienischen Vorschlag für ein Direktorium der Großmächte auf die Zusammenarbeit der beiden faschistischen Mächte zurückführte, dann war die deutsche Regierung in seiner Sicht mitverantwortlich für die Politik des Staates, den er bisher für den gefährlichsten Gegner seines Landes gehalten hatte. In der Rede des Außenministers finden sich auch Andeutungen, daß „gewisse internationale Ziele“ in „dem Programm der Partei und ihres Führers“ zunehmende Beunruhigung in Europa auslösten²⁵. Spätestens zu diesem Zeitpunkt, Ende April 1933, fing die tschechoslowakische Regierung also an, sich der Bedrohung ihres Landes durch das neue Regime in Deutschland bewußt zu werden. Allerdings war der ‚Römische Block‘ nach wie vor der Hauptgegner, da Beneš immer noch an eine Abgrenzung der Interessensphären zwischen Deutschland und Italien glaubte, bei der die Donauländer das Einflußgebiet Italiens werden sollten²⁶.

Kaum hatte im Mai der Erfolg der französischen Bemühungen um eine Modifizierung des italienischen Vertragsentwurfs die größten Bedenken der Kleinen Entente gegen den Viererpakt ausgeräumt, da tauchte zwischen den Verbündeten ein neues Problem auf: die wirtschaftliche Neuordnung des Donauraums. Vor allem in Prag mißtraute man der sich in dieser Frage anbahnenden Zusammenarbeit von Frankreich und Italien. Das von Frankreich zugestandene wirtschaftliche Zusammengehen von Ungarn und Österreich wurde von tschechoslowakischer Seite abgelehnt, weil man glaubte, daß dies zu einer Restauration der Monarchie führen werde²⁷. Beneš hielt auch im Juli 1933 den Anschluß Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland für weniger gefährlich als die Restauration der Habsburger in Österreich und Ungarn²⁸. Die Annäherung zwischen Berlin und Budapest und der überraschende Besuch Gömbös' bei Hitler wurde vom tschechoslowakischen Außenministerium nicht als Abwendung Ungarns von Italien gesehen, sondern als Ausdruck einer italienisch-deutschen Zusammenarbeit in südeuropäischen Fragen. Die Hitler-Regierung wurde damit zwar als Verbündeter des ‚Römischen Blocks‘ gesehen, nicht aber als neuer Hauptgegner. Beneš glaubte, Deutschland werde noch für Jahre mit inneren Schwierigkeiten kämpfen. Die Wirtschaftskrise könne zu einem Militärputsch führen, der mit der DNVP eine Partei an die Macht bringen würde, die vielleicht noch mehr zu fürchten sei als die Nationalsozialisten²⁷.

Diese falsche Einschätzung der innenpolitischen Lage Deutschlands und der Gefährlichkeit der NSDAP zeigte sich auch in der Haltung der Tschechoslowakei zur Selbständigkeit Österreichs²⁸. Prag wollte nicht nur den Anschluß Österreichs an Deutschland verhindern, sondern auch die Unabhängigkeit Österreichs von Italien garantiert wissen und den Nachbarstaat neutralisieren²⁹. Die französische Regierung hielt die tschechoslowakischen Forderungen für übertrieben. Die Ab-

²⁵ KA (1933) 797. — Egelhaafs 286. — ADAP I/2 429. — Beneš, Edvard: *Memoirs. From Munich to New war and New Victory*. London 1954, S. 6.

²⁶ Machray 124.

²⁷ DDF III 423 Anmerkung 1.

²⁸ DDF III 482. — Vgl. auch: DDF IV 4.

²⁹ DDF III 423. — DDF II 239. — Vgl.: Reichert 86.

sichten, die sich hinter dem Taktieren Prags verbargen, wurden in der französischen Hauptstadt klar erkannt. Die Neuordnung des Donaupraums sollte so erfolgen, daß die Kleine Entente als ein „directoire à trois“ die Vorherrschaft in diesem Teil Europas erlangte. Dieses Ziel der tschechoslowakischen Außenpolitik, zu dem sich Beneš wenig später in vorsichtigen Worten bekannte³⁰, und die neue Qualität, die das Bündnis der Kleinen Entente durch den Organisationspakt bereits erhalten hatte, paßten nicht in die französische Politik des ‚ehrlichen Maklers‘, die ein Ende der Konfrontation von Kleiner Entente und ‚Römischen Block‘ herbeiführen wollte.

In der ČSR gab es große innenpolitische Widerstände gegen ein Einschwenken auf die Linie der französischen Donaupolitik³¹. Italien war Konkurrent auf den mitteleuropäischen Märkten. Die tschechoslowakische Industrie wollte, wie Beneš, die osteuropäische Wirtschaftsmisere dadurch lösen, daß man die Kleine Entente zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet ausbaute, dem sich dann andere Donaufürstaaten anschließen könnten. Diese Konzeption hatte für die Wirtschaftskreise den Vorteil, daß zumindest für absehbare Zeit die Konkurrenz der italienischen, deutschen und österreichischen Industrie ausgeschaltet werden konnte. Die Politiker konnten von dieser Lösung erwarten, daß die angestrebte Vorherrschaft der Kleinen Entente auf diese Weise wirtschaftlich untermauert würde. Nach Ansicht des französischen Gesandten in Prag rechnete das tschechoslowakische Außenministerium nicht damit, daß Italien zu einer loyalen Zusammenarbeit in Südosteuropa bereit sei und hoffte, daß sie deshalb die Kleine Entente, ohne von Frankreich gehindert zu werden, gegenüber Ungarn und Österreich durchsetzen könne. Das Risiko, daß Österreich unterdessen in die Hände der Nationalsozialisten falle, werde dabei in Kauf genommen³². Trotz ständigem französischem Druck weigerte sich die Tschechoslowakei, Österreich weitere wirtschaftliche Unterstützung zukommen zu lassen. Eine Expertenkommission des Außenministeriums kam zu dem Ergebnis, die Möglichkeiten der ČSR in dieser Hinsicht seien erschöpft und auch eine Studie des Unternehmerversands ging in die gleiche Richtung. Beneš erklärte dem französischen Botschafter Noël, nicht wirtschaftliche Unterstützung, sondern nur der Unabhängigkeitswille des österreichischen Volkes und eine Demonstration der Entschlossenheit der Großmächte und der Kleinen Entente, den ‚Anschluß‘ zu verhindern, könnten die Selbständigkeit Österreichs retten³³. Am 15. September bekräftigte der Außenminister gegenüber dem französischen Botschafter diese These und erklärte gleichzeitig, er wisse schon lange, daß die Vereinigung Österreichs mit einem nationalsozialistischen Deutschland die Tschechoslowakei in ihrer Existenz bedrohe, aber er sehe keinen Ausweg. Beneš fuhr fort: „L'Anschluss sera d'ailleurs à mon avis, même à l'intérieur du Reich, le point de départ d'une série d'événements graves. On n'évitera pas un recours à la force. Vous y serez entraînés. Nous aussi. D'ici là, chacun de nous doit concentrer ses forces, se replier sur lui-même, et c'est pourquoi je m'occupe spécialement en ce moment

³⁰ DDF III 451, 465, 467.

³¹ DDF III 428, 441, 459, 467.

³² DDF III 441, 467.

³³ DDF IV 194.

de notre défense nationale³⁴.“ Zwei Tage vor dieser Unterredung hatte Beneš Stellvertreter Kamil Krofta dem deutschen Gesandten erklärt: „In der Tschechoslowakei habe man das dunkle Gefühl, daß in Deutschland früher oder später eine gewaltsame Explosion nach außen auftreten könne und daß der erste Impetus einer solchen Explosion sich in furchtbarer Weise gegen die Tschechoslowakei entladen werde³⁵.“

Die Äußerungen von Außenminister Beneš scheinen, wie die seines Stellvertreters, auf einen Prioritätenwandel der tschechoslowakischen Außenpolitik hinzuweisen, der die Bedrohung durch den ungarischen Revisionismus und die Restauration der Habsburger zurücktreten ließ gegenüber der Gefahr, die von dem nationalsozialistischen Deutschland ausging. Dem widerspricht jedoch u. a. die Haltung Prags in der Österreich-Frage. Nach wie vor erschien der tschechoslowakischen Regierung der ‚Anschluß‘ als das geringere Übel im Vergleich zu einer Restauration der Habsburger in Österreich oder Ungarn. Man war auch immer noch nicht bereit, die Einbeziehung Österreichs in die italienische Interessensphäre und eine engere Verbindung zwischen Wien und Budapest hinzunehmen, um den ‚Anschluß‘ zu verhindern.

Außenminister Beneš glaubte, daß von Deutschland in den nächsten zwei oder drei Jahren kein Krieg drohte, fürchtete aber Zwischenfälle, die sich schnell ausweiten könnten. Falls sich die Nationalsozialisten in Österreich durchsetzten, sei ein Konflikt zwischen Italien und Deutschland zu befürchten³⁶. Am 12. Oktober, also noch bevor Deutschland die Abrüstungskonferenz und den Völkerbund verließ, äußerte sich der tschechoslowakische Außenminister gegenüber britischen Regierungsvertretern pessimistisch über die Politik der nationalsozialistischen Regierung. Er glaubte, die illegale Aufrüstung Deutschlands sei bereits so weit fortgeschritten, daß Berlin an einem Scheitern der Abrüstungskonferenz interessiert sei. In dieser Lage komme es darauf an, der deutschen Politik eine gemeinsame Front der anderen Staaten entgegenzustellen: „The alternative was between a diplomatic victory over Germany now and a military challenge three or four years hence.“ Verantwortlich für diese Entwicklung seien Kräfte, die mit Hitlers Regierungsantritt an die Macht gekommen waren. „He did not believe that there could be any real peace in Europe so long as Hitler and all he stood for had control over Germany.“ Beneš versuchte, der britischen Regierung klar zu machen, daß man nicht hoffen konnte, durch einen innenpolitischen Umsturz von dieser Bedrohung befreit zu werden, sondern daß dies nur durch Einwirkung von außen möglich sei: „He himself doubted whether internal events in Germany would overthrow Hitler; but if he were compelled by the world to cease his present tactics, this might at once mean his fall and the return of a Germany by the side of which her neighbours could live in quietude³⁷.“

In den Tagen vor dem 13. Oktober hatte Außenminister Beneš Einzelheiten

³⁴ DDF IV 223.

³⁵ ADAP I/2 429.

³⁶ DDB III 182. — Aloisi 149.

³⁷ DBFP V 446.

über die außenpolitischen Absichten Hitlers erfahren. Nach diesen Informationen wollte Hitler Österreich ganz unter den Einfluß des Reiches bringen und von Polen den Korridor und Oberschlesien zurückerhalten. Die deutsche Teilnahme an der Abrüstungskonferenz diene nur dazu, Zeit zu gewinnen; in einem Jahr werde die deutsche Rüstung so weit sein, daß man „keine militärischen Komplikationen mehr zu fürchten habe“ und in zwei Jahren werde die deutsche Armee die stärkste der Welt sein und dadurch „der entscheidende Faktor der internationalen Politik“³⁸. Die Tatsache, daß die Tschechoslowakei hier nicht erwähnt wurde, konnte als Bestätigung der Grundüberzeugung der Prager Außenpolitik angesehen werden, daß ein allgemeiner europäischer Krieg zu fürchten sei, jedoch keine direkte Auseinandersetzung zwischen der ČSR und dem Reich. Eine besondere Bedrohung seines Landes scheint Außenminister Beneš zu diesem Zeitpunkt nicht gesehen zu haben.

Ein neues Zeichen für die bedrohlichen Absichten der Reichsregierung war das Ausscheiden Deutschlands aus dem Völkerbund und aus der Abrüstungskonferenz am 14. Oktober 1933. In einer Rede vor dem Parlament nahm Außenminister Beneš am 31. Oktober dazu Stellung. Er kritisierte die großdeutschen Zielsetzungen des Nationalsozialismus und stellte fest, das Mißtrauen gegenüber Deutschland habe sich ständig gesteigert. Die Haltung der neuen deutschen Regierung habe zu einer „Änderung der ganzen europäischen Kontinentalpolitik“ geführt. Das Ausscheiden Deutschlands bedeute die „definitive Ablehnung der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages“. Die neue deutsche Regierung habe der bisher verfolgten Praxis einer allmählichen, friedlichen Revision der Friedensverträge den Rücken gekehrt. An „dem Widerstand ganz Europas werde Deutschland aber erkennen, daß die praktische Durchführung seiner extrem-nationalen Außenpolitik nicht möglich sei“³⁹.

Die tschechoslowakische Regierung schien nun zu einer Änderung ihrer Außenpolitik bereit zu sein. Beneš deutete an, daß man zu einer Zusammenarbeit mit Italien kommen wolle, weil die Kleine Entente allein Deutschland nicht widerstehen könne⁴⁰. Da jedoch die Interessengegensätze zwischen der ČSR und Italien unverändert fortbestanden und keine Seite bereit war, wesentliche Abstriche am eigenen Konzept für die Neuordnung des Donaauraums zu machen, kam es nur zu einer „atmosphärischen Verbesserung“⁴¹. Für die mangelnde Flexibilität der tschechoslowakischen Außenpolitik ist die unveränderte Haltung in der Österreich-Frage kennzeichnend. Beneš lehnte es im März 1934 ab, die Rückkehr der Habsburger nach Wien als ein mögliches Mittel zur Verhinderung des ‚Anschlusses‘ in Erwägung zu ziehen. Er betonte, Restauration bedeute Krieg⁴². Dagegen ließ der Außenminister durchblicken, daß die Tschechoslowakei eine Vereinigung Öster-

³⁸ DDF IV 303 (Im Original französisch; Übersetzung von mir — d. V.).

³⁹ Schulthess (1933) 286 f. — KA (1933) 1112 f.

⁴⁰ DDF IV 373. — Vgl. KA (1933) 1113. — DDF V 210. — DDF VI 99.

⁴¹ DDF IV 331. — DDF V 255, 406, 412, 426. — DDF VI 13, 99. — DBFP VI 70. — Vondracek, Felix John: The Foreign Policy of Czechoslovakia 1918—1935. New York 1935, S. 372.

⁴² Vondracek 380 f. — Vgl.: Reichert 94 f.

reichs mit dem Reich nicht prinzipiell ablehne. Die französische Diplomatie sah sich deswegen schließlich veranlaßt, um eine öffentliche Klarstellung zu bitten, die dann auch zur Zufriedenheit Frankreichs erfolgte. Der französische Botschafter in Prag war überzeugt, daß die tschechoslowakische Führung zwar im Winter 1933/1934 den ‚Anschluß‘ für unvermeidbar gehalten hatte, im weiteren Verlauf des Jahres 1934 habe man aber wieder Hoffnung geschöpft. Die wirkliche Grundlage der tschechoslowakischen Politik sei: „Ni Anschluss, ni Habsbourg, ni révision“, d. h. diese Bedrohungen der ČSR seien in den Augen ihrer verantwortlichen Politiker gleichrangig⁴³. Entgegen der Ansicht dieses Beobachters hielt die Prager Regierung jedoch nach wie vor daran fest, eher den ‚Anschluß‘ in Kauf zu nehmen, als die Restauration der Habsburger oder eine engere Verbindung von Ungarn und Österreich⁴⁴. Die ‚Machtergreifung‘ und mehr als ein Jahr politischer Praxis des Nationalsozialismus hatten nicht vermocht, die überkommenen Prioritäten der tschechoslowakischen Außenpolitik zu verändern.

Trotzdem blieben die Ereignisse in Deutschland nicht ohne Einfluß auf die Sicherheitspolitik der Prager Regierung. Neben der verstärkten Hinwendung zur UdSSR⁴⁵ ist hier vor allem die Militärpolitik zu nennen. Während die ČSR noch 1932 abgerüstet hatte, setzte spätestens seit Mai 1933 ein Umschwung ein. Anders als früher rückte nun eine militärische Auseinandersetzung mit Deutschland in den Bereich des Möglichen. Besonders Außenminister Beneš und Staatspräsident Masaryk setzten sich für verstärkte Rüstungsanstrengungen ein⁴⁶. Alles in allem kommt man jedoch nicht umhin, eine Unterschätzung der nationalsozialistischen Gefahr durch die Prager Führung festzustellen. Dies gilt auch für die Beurteilung des Nationalsozialismus innerhalb des politischen Spektrums des Deutschen Reiches. Die Herrschaft der Nationalsozialisten erschien erträglicher als eine Regierung der konservativen Nationalisten oder des Militärs. Beneš war noch im April 1935, nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland, der Meinung, auf lange Sicht sei eine Militärregierung in Berlin vielleicht eine größere Gefahr als Hitler. Er war überzeugt, daß es zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei zu keinem Konflikt kommen werde⁴⁷.

Eine Erklärung für diese Fehleinschätzung ist die Tatsache, daß in der Sicht der tschechoslowakischen Regierung eine weitgehende Kontinuität der nationalsozialistischen Politik mit den außenpolitischen Zielen der Weimarer Republik bestand. In der Rede Benešs vom 31. Oktober 1933 findet sich ein Ausspruch, zu dem er sich noch nach 1945 dadurch bekannt hat, daß er ihn in seinen Memoiren zitierte: „À mon avis, le but final et l'idéal de la politique de Stresemann n'étaient pas, en somme, fort éloignée des fins dernières de la politique de l'Allemagne

⁴³ KA (1934) 1345 f. — DDF V 462. — DDF VI 463.

⁴⁴ Wiske mann, Elisabeth: Erlebtes Europa. Bern-Stuttgart 1969, S. 73. — Vansittart, Lord: The Mist Procession. London 1958, S. 488.

⁴⁵ DDF V 137. — Reichert 106 f., 112 f.

⁴⁶ DDF III 278. — DDF VI 186, 202. — KA (1932) 271.

⁴⁷ Avon, Earl of (Eden, Anthony): The Eden Memoirs. Facing the Dictators. London 1962, S. 172 f. — DDF III 423 (S. 770) Anm. 1. — Vgl.: DDB III 31 und Campbell 126.

actuelle; ils ne différaient que par la méthode⁴⁸.“ Das nationalsozialistische Deutschland halte die Methoden Stresemannscher Außenpolitik für zu langsam und bediene sich deshalb radikalerer Mittel. Noch bei der Abfassung seiner Memoiren war für Beneš die Außenpolitik des Nationalsozialismus Revisionspolitik und fügte sich als solche ein in den Kampf um die Revision der Friedensverträge, der seiner Ansicht nach 1921/22 begonnen hatte⁴⁹. In Prag sah man 1933 bei der Beurteilung der nationalsozialistischen Gedankenwelt mehr deren konservative Züge. Zwar kannte Beneš auch den Sozialdarwinismus und Rassismus dieser Programmatik, betonte aber die Kontinuität alldeutscher Politik von 1848 über Wilhelm II. und Stresemann bis zu Hitler⁵⁰. Trotz guter Kenntnis der nationalsozialistischen Programmschriften war die tschechoslowakische Außenpolitik deshalb blind dafür, daß sich die Zielsetzungen der NSDAP qualitativ von dem deutschen Expansionsdrang früherer Jahre unterschieden.

Die falsche Beurteilung der vom nationalsozialistischen Deutschland ausgehenden Gefahr hängt wahrscheinlich ebenso wie die übertriebene Furcht vor der Rückkehr der Habsburger mit der Kontinuität der Führung und des Personals des Prager Außenministeriums zusammen. Sowohl der Außenminister wie seine leitenden Beamten gehörten zur Gründergeneration des tschechoslowakischen Staates⁵¹. Ihre Sicht, besonders ihr Feindbild, waren geprägt durch die Erfahrungen der Staatsgründung und die Politik der 20er Jahre — daher das ‚altösterreichische Trauma‘ einer Restauration der Habsburger Monarchie und die Hoffnung, letztlich doch mit Deutschland auskommen zu können⁵². Innenpolitische Faktoren — wie die Stützung Beneš als Außenminister durch Masaryk — trugen so dazu bei, daß die tschechoslowakische Außenpolitik 1933 zu sehr von traditionellen Denkmustern geprägt war.

⁴⁸ Beneš, Edvard: La révolution allemande et la nouvelle phase de la politique européenne. Les questions économiques de l'Europe centrale. Exposé du Ministre des Affaires Etrangères de la Chambre des Députés et du Sénat le 31 octobre 1933. Prag 1933, S. 21 f. (Sources et documents tchécoslovaques 23). — Beneš: Memoirs 4. — Vgl.: Campbell 254.

⁴⁹ Beneš: Memoirs 1. — Den Nachweis, daß Hitlers Politik gegenüber der ČSR sich nicht mit dem Begriff ‚Revisionismus‘ fassen läßt, führt Hoensch (212 ff.).

⁵⁰ Beneš: Révolution 23. — Gleiches gilt für Masaryk (Wisemann 72).

⁵¹ Beneš war von 1918 bis 1935 ohne Unterbrechung Außenminister. Die diplomatischen Posten der ČSR in den wichtigsten europäischen Hauptstädten wechselten kaum ihre Vertreter. Vgl. dazu: Čelovský, Boris: Das Münchner Abkommen 1938. Stuttgart 1958, S. 57 f. — Zinner, Paul E.: Czechoslovakia: The Diplomacy of Eduard Beneš. In: The Diplomats 1919—1939. Hrsg. von Gordon A. Craig / Felix Gilbert. Princeton 1953, S. 107.

⁵² Schon Scott (82 f.) stellte fest, daß die tschechoslowakische Außenpolitik in dieser Frage der Vergangenheit verhaftet war.